

Atommüll-Endlager-Kommission

Dabei sein ist alles - oder nichts?

Überlegungen zur Beteiligung von Umweltverbänden an der
„Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“
(§ 3 Abs. 1 StandAG)

Ingo FALK, Anti-Atom-Gruppe Freiburg, 26.04.2014

1. Welchem Zweck dient diese Kommission?

Vorgeschichte:

- Angekündigter „Atomausstieg“ jeder Zeit widerrufbar (Siehe Herbst 2010)
- Weiterbetrieb von 9 AKW + UAA Gronau + Brennelementfabrik Lingen + ...
- Rückzieher von Rot-Grün in Niedersachsen nach der Landtagswahl bei der Frage nach der Einbeziehung von Gorleben --> Zustimmung des Bundesrates zum Gesetz („StandAG“)
- Keinerlei Mindestanzahl (> 1) zu untersuchender Standorte im Gesetz
--> Forderungen der Anti-Atom-Bewegung für einen „Neustart der Endlagersuche“ nicht erfüllt: 1. Kein Atomausstieg + 2. Kein Ausschluss von Gorleben + 3. Keine Aufarbeitung der Festlegung von Gorleben in 70...80ern
--> Zweck: Nachträgliche Legitimation des „Endlager“-Standortes Gorleben

2. Wie sah bisher die Beteiligung der Umweltverbände aus?

Erfahrungen:

- Einladung zum "Bürgerdialog" (Berlin) durch BM Altmaier nach (!) Vereinbarung des Gesetzestextes: lediglich 5 Minuten Rederecht für Umweltorganisationen und Bürger_innen-Initiativen
- Tagung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe + Hinterzimmer-Gespräche zwischen BM Altmaier und ehem. BM Trittin und Gabriel unter Ausschluss der Öffentlichkeit

--> Beteiligung bisher eine Farce

--> Formulierung des „StandAG“ im Interesse der Atom-Konzerne und ohne einen Hinweis auf deren Kostenbeteiligung

3. Können 2 Vertreter_innen die Kommission (33 Sitze) entscheidend beeinflussen?

Rahmenbedingungen:

- Nicht einmal paritätische Besetzung der Kommission, obwohl Mehrheit der Bevölkerung Atomkraft-Gegner_innen
- Kaum Chancen für abweichende Stellungnahmen in den Mainstream-Medien, da Flut von Statements sogenannter „Experten“ zu erwarten
--> Eindruck einer notwendigen „Abwägung“ zwischen ernstzunehmenden Argumenten aus verschiedenen Richtungen wird (soll) entstehen
--> Standpunkte der Umweltverbände werden in der Kommission deutlich in der Minderheit sein

4. Welche Argumente werden Pro Beteiligung ins Feld geführt?

Rechtfertigung der Befürworter_innen:

- „Nur wer sich beteiligt, kann mitbestimmen...“
- „Startfehler der Kommission sind von der Bundesregierung und nicht von den Umweltverbänden zu verantworten...“
- „Wenn wir uns nicht beteiligen, könnte es noch schlimmer kommen...“

--> Die/der ruderlose (Mit-) Insasse in einem treibenden Boot stellt sich selbst so dar, als könne sie/er (nur durch ihre/seine Anwesenheit) die Richtung des Bootes (mit-) bestimmen

--> Die erhoffte (!) eigene Bedeutungszunahme und Profilierung soll als Verantwortungsbewusstsein verkauft werden

5. Welcher Verlauf der „Endlager“-Diskussion ist zu erwarten?

Ausblick:

- Massive Proteste gegen jedweden als mögliches Endlager ins Spiel zu bringenden Standort durch die Menschen vor Ort ist bereits jetzt zu beobachten (Beispiel: Hochschul-Kunst-Projekt „Endlager Suhl/Thüringen“)
 - Berechtigte Interessen der örtlichen Bevölkerung an einer Verhinderung der Standort-Erkundung werden sich mit den Interessen der Atommüll-Verursacher_innen an einer für sie möglichst billigen Lösung verbinden
 - Zu erwartende gefährliche Atommüll-Transporte quer durch das Land werden den Widerstand der betroffenen Menschen zusätzlich anfachen
- > Die Befürworter_innen neuer Standorte erleben ein politisches Fiasko
- > Der Status Quo wird auf lange Sicht zementiert werden

6. Welches Ergebnis wird am Ende zu Buche stehen?

Fazit:

- Der Status Quo **Gorleben** wird als **vollendete Tatsache** übrig bleiben
- Die **Umweltverbände**, die sich an der „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ beteiligen, werden sich an der nachträglichen **Legitimation des „Endlagers“ Gorleben** und an den katastrophalen Folgen (Siehe Asse, siehe WIPP / New Mexico) **mitschuldig** machen
--> Eine Beteiligung z.B. des BUND ist in jeder Hinsicht völlig inakzeptabel und muss sofort beendet werden!